

Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)
- Drucksache 12/400 -

Einzelplan 03 - Innenministerium

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 03 gemäß § 28 (1) in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

Hauptberichterstatterin	Abgeordneter Winfried Schittges	CDU
Berichterstatter	Abgeordneter Wilhelm Nowack	SPD
	Abgeordneter Dr. Manfred Busch	GRÜNE

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 03 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zum EP 03 - Geschäftsbereich des Innenministeriums - am 26. Januar 1996:

1. Teilnehmer

Abgeordnete Dr. Renate Düttmann-Braun	CDU (für den erkrankten Winfried Schittges)
Abgeordneter Wilhelm Nowack	SPD
Abgeordneter Dr. Manfred Busch	GRÜNE
Herr LMR Grafe	Innenministerium
Herr RD Lischinski	Innenministerium
Herr MR Schneider	Innenministerium
Herr OAR Steinbuß	Innenministerium
Herr OAR Dürre	Finanzministerium
Herr RD Dr. Kuhn	Finanzministerium
Herr MR Dahnz	Finanzministerium
Herr ORR Ariens	Innenministerium
Herr MR Kehrberg	Innenministerium
Herr MR Sander	Innenministerium
Frau ORRin Best	Finanzministerium
RR Lennertz	Landtagsverwaltung

2. Ergebnisse

2.1 Ist-Ausgaben 1995

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Bewirtschaftung 1995 haben nach Auskunft der Landesregierung im Geschäftsbereich des Innenministers keine Veranlassung gegeben, die zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 1996 errechneten Schätzzahlen maßgeblich zu ändern. Dies gilt auch für das Kapitel 03 030 - Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge -.

2.2 Verpflichtungsermächtigungen

Die durch Beschluß der Landesregierung und Verabschiedung des Nachtrags Haushalts 1995 bestätigte Reduzierung der VE's auf 70 % war für den Bereich des Innenministeriums ohne entscheidende Bedeutung.

3. Ergebnisse zu Einzelfragen

Kapitel 03 010

Titel 529 10 - Zur Verfügung des Ministers (Seite 28 Haushaltsentwurf)

Dieser Haushaltsvermerk ist bei gleichen Titeln in allen Einzelplänen ausgebracht.

Im Reindruck wird redaktionell nachvollzogen, daß durch die letzte Änderung LRHG der frühere § 12 nunmehr § 9 ist (Vgl. auch Vorlage 12/302).

Titel 712 10 - Umbau des Lagezentrums der Polizei im Innenministerium

Veranschlagt sind bei diesem Titel die Kosten für den Umbau des räumlich und technisch nicht mehr den Erfordernissen entsprechenden Lagezentrums der Polizei im Innenministerium.

Die Grundrenovierung, für die bereits detaillierte Planungen erstellt sind, wird in zwei Bauabschnitten vorgenommen, wobei ein geringer Teil von 0,5 Mio DM auf den ersten Bauabschnitt und die Einrichtung eines Provisoriums für die Zeit des Umbaus entfällt.

Kapitel 03 020

Titel 972 00 - Globale Minderausgabe (Seite 54 Haushaltsentwurf)

Im Bereich des Innenministeriums ist eine globale Minderausgabe von über 13 Mio DM zu erwirtschaften. Nach Einlassungen des Innenministeriums sind diese Mittel im nachgeordneten Bereich, in den Hauptgruppen 5 bis 8, einzusparen. Globale Minderausgaben seien nicht in allen Titeln gleich zu erbringen, insgesamt sei es aber aufgrund der bisherigen Erfahrungen realistisch, ein solches Einsparpotential vorzugeben.

Kapitel 03 030

Titel 633 20 - Erstattung der Kosten für die zentralen Ausländerbehörden (ZAB) (Seite 62 Haushaltsentwurf)

Nach der aktuellen Abrechnung zum Stichtag 29.12.1995 waren aus diesem Titel 35 Mio DM bei einem Ansatz 1995 von 45 Mio DM abgerufen. Der rechnerische Überschuß ist unter anderem damit zu erklären, daß hohe Abschläge aus dem Jahre 1994 an die sogenannten ZAB-Städte erst in 1995 verrechnet werden konnten. Der FM habe auf der Grundlage der aktuellen Asylbewerberzahlen eine Einsparung von 8 Mio DM gefordert, wobei sich tatsächlich ab Juli 1993 infolge des Asylkompromisses die Zahl der bei den ZAB untergebrachten Personen erheblich reduziert hat. Dies ist auch der Anlaß zu Überlegungen, den objektiv kleinsten der 5 Standorte der ZAB's aufzugeben.

Titel 643 10 - Kostenpauschale nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (Seite 62 Haushaltsentwurf)

Der Haushaltsansatz deckt die Pauschale nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz für die im Leistungsbezug stehenden Asylbewerber, die Betreuungspauschale nach § 4 Absatz 2 und in 1996 erstmalig auch die Spitzabrechnung aus der Übergangsregelung für 1995.

Titel 643 11 - Anhebung der Betreuungspauschale (Seite 62 Haushaltsentwurf)

Die Anhebung der Betreuungspauschale ist durch Kabinettsbeschuß auf 5,00 DM monatlich (15,00 DM vierteljährlich) festgesetzt worden.

Kapitel 03 110

Titel 112 10 - Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten (Seite 68 Haushaltsentwurf)

In einem Pilotversuch "Budgetierung" sind Einnahmen und Ausgabe für den OKD Soest, den OKD Gütersloh, den PP Oberhausen, den PP Köln, den OKD Euskirchen und den PP Münster in besonderen Titelgruppen veranschlagt. Durch die dadurch bedingte Aufteilung auch der Ansätze bei den Verwaltungseinnahmen ergibt sich bei Titel 112 10 rechnerisch ein Minus von 6,955 Mio DM gegenüber 1995 unter Zurechnung der Einnahmen bei den jeweiligen Titelgruppen, aber ein Gesamtansatz von 73,8, und damit ein Plus von rund 1,4 Mio DM.

Titel 714 00 - Maßnahmen zur Sicherung von Polizeigebäuden (Seite 130 des Haushaltsentwurfs)

Veranschlagt sind Mittel, die zur Sicherung von Polizeigebäuden ständig durchgeführt werden müssen, u.a. bedingt durch Umzüge und die zusätzliche Installation bzw. den Austausch von erneuerungsbedürftigen Schließanlagen und optischen Überwachungseinrichtungen sowie zur Ergänzung oder Erneuerung der Sicherungseinrichtungen polizeilich genutzter Grundstücke.

Titel 731 00 - Neubau eines Dienstgebäudes für die Kreispolizeibehörde Siegen (Seite 132 des Haushaltsentwurfs)

Nach Auskunft der Landesregierung sind die Kosten des Neubaus inzwischen ermittelt. Die Planungen dürften bis spätestens April 1996 abgeschlossen sein. Der IM geht davon aus, daß nach Abschluß der Haushaltsberatungen die notwendigen Ausschreibungen durch die staatliche Bauverwaltung veranlaßt werden können.

Titel 745 00 - Neubau für die Kreispolizeibehörde Gütersloh (Seite 136 des Haushaltsentwurfs)

Für den Neubau der Kreispolizeibehörde wird derzeit ein Raumprogramm erstellt, so daß vermutlich noch im Laufe des Jahres die Planung abgeschlossen werden und eine Ausschreibung erfolgen kann. Die Kosten für den Neubau sind aus den Erfahrungen bisheriger Baumaßnahmen geschätzt.

Um möglichst kostengünstig zu bauen, ist die staatliche Bauverwaltung dazu übergegangen, Neubauten nicht abschnittsweise auszuschreiben, sondern die Gesamtterrtung der Gebäude einem Generalunternehmer übertragen. Mit dem zur Verfügung stehenden Gesamtbetrag hat dieser - vertraglich vereinbart - in einer Bauzeit von zwei bis zweieinhalb Jahren den Gebäudekomplex zu errichten.

Eine zeitliche Verschiebung des Beginns der Neubaumaßnahmen hält die Landesregierung angesichts der Unterbringungssituation für nicht vertretbar. Die Dringlichkeit einer Baumaßnahme werde aufgrund eines Vorschlags des Innenministeriums durch Kabinett festgelegt.

Kapitel 812 20 - Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten (Seite 156 des Haushaltsentwurfs)

Die in Ansatz gebrachten Mittel werden bereitgestellt, die Sondereinsatzkommandos entsprechend dem Bedarf auszustatten. In die SEK's seien die Beamten sukzessive aufgenommen worden, entsprechend müsse nach und nach die Ausstattung vervollständigt werden.

Titelgruppe 70 (Seite 168 ff. des Haushaltsentwurfs)

Anhand der Ansätze in Titelgruppe 70 erläuterte die Landesregierung den Versuch "Budgetierung" im Bereich von 6 Kreispolizeibehörden bzw. Polizeipräsidien. In der verbindlichen Zweckbestimmung des Haushaltsplanentwurfs seien stark zusammengefaßte Ansätze ausgebracht. Die in bisherigen Entwürfen ausgewiesenen Einzelansätze seien numehr als unverbindliche Erläuterung in den Haushaltsentwurf aufgenommen.

Kapitel 03 310

Titel 698 84 - Kostenerstattung an das DRK und ähnliche Organisationen (Seite 302 des Haushaltsentwurfs)

Die Zahl der Plätze in Gemeinschaftsunterkünften des Landes für Asylbewerber/innen wurde im letzten Jahr von ca. 8 150 auf 4 720 abgebaut.

Aufgrund bestehender vertraglicher Verpflichtungen gegenüber dem DRK und ähnlichen Betreuungsorganisationen hat das Land voraussichtlich 50 Mio DM in 1996 zu zahlen; eine Aufkündigung dieser bis 31.12.1996 laufenden Verträge sei einseitig nicht möglich, so die Vertreter des FM und IM. Es sei richtig, daß das DRK Westfalen aus der Kostenerstattung Gewinne erwirtschaftet habe, diese Mittel seien aber wieder in den Bereich der Betreuung zurückgeflossen. Im übrigen seien Preisanpassungen unverzüglich vorgenommen worden.

Einer Bitte des Abgeordneten Dr. Busch, die Verträge zwischen Landesregierung und DRK zur Einsicht zu bekommen, wollte die Landesregierung ohne Einvernehmen mit dem DRK nicht nachkommen.

Kapitel 03 370 - Fortbildungsakademie des Innenministeriums NRW

Titel 712 00 - Neubau der Fortbildungsakademie in Herne (Seite 350 des Haushaltsentwurfs)

Die Landesregierung geht davon aus, daß in 1997 mit dem Neubau begonnen werden kann. Nach den derzeitigen unveränderten Planungen ist davon auszugehen, daß spätestens 1999 der Neubau fertiggestellt sein wird. Die Gesamtkosten für die Akademie ändern sich nicht, denn die in der bereits angekündigten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 1996 vorgesehene Verringerung des Ansatzes wird durch entsprechende Erhöhung der VE kompensiert.

AR/303

- 6 -

**Kapitel 03 810 - Geldrente nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige
Wiedergutmachungsleistungen**

**Titel 681 10 - Härtefonds zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeits-
gründen**

Hinsichtlich der Kriterien und Richtlinien für die Zahlung aus diesem Fonds verwies die Landesregierung auf die Sitzung des Innenausschusses am 18. Januar 1996, wo die im Ministerialblatt 1993 Seite 689 veröffentlichten Richtlinien diskutiert und erörtert wurden.

Wilhelm Nowack

Dr. Manfred Busch